

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 4251

[C — 2004/33060]

15. JUNI 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Programmierungsnormen zur Bezuschussung der Infrastrukturvorhaben von Aufnahmestrukturen für Senioren

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, insbesondere Artikel 7,2.;

Auf Grund des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 4. Februar 2003 zur Ausführung des Dekretes vom 18. März 2002 zur Infrastruktur;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 3. Juni 2004.

Auf Grund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 2. Juni 2004;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund des Gutachtens des Beirates für Aufnahmestrukturen für Senioren vom 27. Mai 2004;

Auf Grund der Dringlichkeit,

In Erwägung der Tatsache, dass das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002, das seit dem 1. Januar 2002 wirksam ist, die Möglichkeit vorsieht Programmierungsnormen festzulegen und zur Zeit Projekte im Bereich von Aufnahmestrukturen für Senioren vorliegen, die den im vorliegenden Erlass erwähnten Programmierungsnormen nicht genügen, und die Anzahl Projekte die Festlegung einheitlicher Programmierungsnormen erforderlich macht, duldet das Inkrafttreten vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des für den Bereich Familie zuständigen Ministers, Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I. — *Allgemeine Bestimmungen*

Zielsetzung

Artikel 1 - Vorliegender Erlass legt die Programmierungsnormen in Anwendung von Artikel 7, 2. des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 zur Bezuschussung der Infrastrukturvorhaben der Aufnahmestrukturen für Senioren fest.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret zur Infrastruktur vom 18. März 2002;
2. Platz Wohnort für eine Person in einem Alten- und Pflegeheim;
3. Infrastrukturvorhaben: die in Artikel 2 des Dekretes erwähnten Infrastrukturvorhaben;
4. Aufnahmestrukturen für Senioren: Die in Artikel 1 des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren erwähnten Einrichtungen;
5. Allgemeinkosten: Honorare für Architekten, Koordinatoren, Ingenieure und Experten sowie Kosten für die in Artikel 14 des Dekretes vorgesehene Baustellenkontrolle, Zehnjahresgarantie- und Baustellenversicherung;
6. Bauindex: Index der zu 20% unveränderlich, zu 40% an die Entwicklung der Löhne im Baugewerbe und zu 40% an die Entwicklung der Materialpreise im Baugewerbe gebunden ist;
7. Kurzzeitpflegeplätze: Plätze in einem Alten- und Pflegeheim, die eine Person während höchstens 3 Monaten in einem Kalenderjahr belegen kann.

KAPITEL II. — *Alten- und Pflegeheime*

Bezuschussungsbedingungen

Art. 3 - Um bezuschusst zu werden muss das Infrastrukturvorhaben im Bereich Alten- und Pflegeheime nachfolgenden Bedingungen entsprechen:

I. Materielle Bedingungen

1. Die bezuschussbare Bruttogesamtfläche beträgt 65 m² pro Platz.
2. Die bezuschussbare Nettofläche für Einzelzimmer beträgt wenigstens 18 m² und höchstens 22 m².
3. Die bezuschussbare Nettofläche für Doppelzimmer beträgt wenigstens 26 m² und höchstens 30 m².
4. Pro Zimmer muss zusätzlich ein behindertengerechtes Bad mit Dusche, Becken und WC vorgesehen werden.
5. Die Anzahl Plätze in Doppelzimmern wird auf höchstens 20% der gesamten Plätze beschränkt. Bei Erweiterungsmaßnahmen von bestehenden Heimen dürfen keine Doppelzimmer gebaut werden, bis diese Höchstgrenze von 20% der gesamten Plätze erreicht ist.
6. Bei Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen müssen insgesamt 5% der Gesamtplätze nach Aus- bzw. Neubau für Kurzzeitpflege vorgesehen werden. Die im vorliegenden Artikel unter 1. bis 5. festgelegten materiellen Bedingungen finden auf diese Plätze Anwendung.

Bei Erweiterungen werden zur Flächenberechnung die bestehende und die geplante Bruttogesamtfläche berücksichtigt.

In begründeten Sonderfällen kann die Regierung auf begründetem Antrag hin, Abweichungen zu den unter 1 bis 3 vorgesehenen materiellen Bedingungen genehmigen. Bei Überschreitungen ist der Träger verpflichtet, in der Begründung zu seinem diesbezüglichen Antrag einen Gesamtplan der in den nächsten 10 Jahren geplanten Maßnahmen zur möglichen Nutzung der überschüssigen Flächen einzureichen

II. Finanzielle Bedingungen:

1. Die bezuschussbaren Höchstkosten der in Artikel 2, Punkte 1, 5, 7 und 8 des Dekretes definierten Infrastrukturvorhaben betragen für einen Neubau € 950,00/M². Die gleichen Höchstkosten gelten für die in Artikel 2, Punkte 3, 5, 7 und 8 definierten Infrastrukturvorhaben für eine Erweiterung einer bestehender Infrastruktur.

2. Die bezuschussbaren Höchstkosten der in Artikel 2, Punkte 3, 4, 5, 7 und 8 des Dekretes definierten Infrastrukturvorhaben betragen für einen Umbau € 712,50/m².

3. Mehrkosten für die in Artikel 2, Punkt 9 des Dekretes definierten Maßnahmen zur besonderen Berücksichtigung des nachhaltigen Bauens können zusätzlich bezuschusst werden.

4. Die bezuschussbaren Höchstkosten der in Artikel 2, Punkt 6 des Dekretes definierten Infrastrukturvorhaben betragen pauschal € 4.000/Platz. Diese Pauschale ist während 20 Jahren abrufbar. Bei einer Erhöhung der Anzahl Plätze bestimmt der zuständige Minister den Zeitpunkt der Anpassung des Pauschalbetrages. Der Antragsteller teilt bis spätestens zum 31. Mai eines jeden Jahres den im darauffolgenden Jahr voraussichtlich benötigten Teil des Pauschalbetrages der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums mit.

5. Die unter Punkt 1 bis 3 erwähnten Höchstkosten und Mehrkosten werden nach Beleg mit den Allgemeinkosten beaufschlagt.

6. Die unter Punkt 1 bis 5 erwähnten Höchstkosten, Mehrkosten und Allgemeinkosten werden mit der jeweils geltenden MWST beaufschlagt.

7. Die unter Punkt 1 bis 2 erwähnten Höchstkosten sind dem Bauindex mit Referenzziffern zum Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses unterworfen.

B. Der unter Punkt 4 erwähnt nicht abgerufene Teil des Pauschalbetrages ist dem Verbraucherindex mit Referenzziffer zum 1. Januar 2005 unterworfen.

KAPITEL III. — *Betreutes Wohnen***Bezuschussungsbedingungen**

Art. 4 - Um bezuschusst zu werden muss das Infrastrukturvorhaben im Bereich Betreutes Wohnen nachfolgenden Bedingungen entsprechen:

I. Materielle Bedingungen:

1. Die bezuschussbare Fläche für Einzelwohnungen beträgt wenigstens 40 m².

2. Die berechnete Fläche für Doppelwohnungen beträgt wenigstens 55 m².

3. Die in den Punkten 1 und 2 erwähnte Fläche beinhaltet die Innen- und Außenwände, nicht aber gemeinschaftlich genutzte Flächen.

II. Finanzielle Bedingungen:

1. Die bezuschussbaren Höchstkosten der in Artikel 2, Punkte 1, 3, 4, 5, 7 und 8 des Dekretes definierten Infrastrukturvorhaben betragen € 53.000,00/Wohnung.

2. Mehrkosten für die in Artikel 2, Punkt 9 des Dekretes definierten Maßnahmen zur besonderen Berücksichtigung des nachhaltigen Bauens können zusätzlich bezuschusst werden.

Die unter Punkt 1 und 2 erwähnten Höchstkosten und Mehrkosten werden nach Beleg mit den Allgemeinkosten beaufschlagt.

Die Höchstkosten, Mehrkosten und Allgemeinkosten werden mit der geltenden MWST beaufschlagt.

Die unter Punkt 1 erwähnten Höchstkosten sind dem Bauindex mit Referenzziffern zum Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses unterworfen.

KAPITEL IV. — *Schlussbestimmungen***In krafttreten**

Art. 5 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 3, 11, 4. der am 1. Januar 2005 in Kraft tritt.

Ausführende Bestimmung

Art. 6 - Der für den Bereich Familie zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 15. Juni 2004

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport, Minister-Präsident,
K.-H. LAMBERTZ
Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 4251

[C — 2004/33060]

15 JUIN 2004. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone fixant les normes de programmation en vue de la subsidiation des projets d'infrastructure relatifs à des structures d'accueil pour seniors

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, notamment l'article 7, 2°;

Vu le décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subsidiation de structures d'accueil pour seniors;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 février 2003 portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 3 juin 2004;

Vu l'avis favorable de l'inspecteur des Finances, donné le 2 juin 2004;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'avis de la Commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors, donné le 27 mai 2004;

Vu l'urgence;

Considérant que le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2002, prévoit la possibilité de fixer des normes de programmation, qu'il existe actuellement des projets en matière de structures d'accueil pour seniors ne répondant pas aux normes de programmation mentionnées dans le présent arrêté et que le nombre de projets nécessite l'établissement de normes de programmation harmonisées, l'entrée en vigueur du présent arrêté ne souffre plus aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Famille;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Objectif

Article 1^{er}. Le présent arrêté fixe les normes de programmation en application de l'article 7, 2°, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, en vue de la subsidiation de projets d'infrastructure relatifs à des structures d'accueil pour seniors.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

2° place : le lieu de résidence destiné à une personne dans une maison de repos et de soins;

3° projets d'infrastructure : les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2 du décret;

4° structures d'accueil pour seniors : les établissements définis à l'article 1^{er} du décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subsidiation de structures d'accueil pour seniors;

5° frais généraux : les honoraires d'architectes, de coordinateurs, d'ingénieurs et d'experts ainsi que les frais engagés pour la surveillance du chantier, l'assurance de garantie décennale et l'assurance-chantier, prévues à l'article 14 du décret;

6° indice du coût de la construction : l'indice dont 20 % restent fixes, 40 % sont liés à l'évolution des salaires dans le bâtiment et 40 % liés à l'évolution du prix des matériaux dans le bâtiment;

7° places de court-séjour : les places dans une maison de repos ou de soins que peut occuper une personne pendant maximum 3 mois au cours d'une année civile.

CHAPITRE II. — *Maisons de repos et de soins*

Conditions de subsidiation

Art. 3. Pour être subsidié, un projet d'infrastructure dans le secteur des maisons de repos et de soins doit répondre aux conditions suivantes :

I. Conditions matérielles :

1° la superficie totale brute subsidiable est de 65 m² par place;

2° la superficie nette subsidiable pour les chambres individuelles est de 18 m² au moins et de 22 m² au plus;

3° la superficie nette subsidiable pour les chambres doubles est de 26 m² au moins et de 30 m² au plus;

4° une salle de bains accessible aux personnes handicapées comprenant douche, lavabo et WC doit de plus être prévue par chambre;

5° le nombre de places en chambre double est limité à 20 % maximum de la totalité des places. En cas de mesures d'extension d'établissements existants, il ne peut être construit de chambre double tant que ce plafond de 20 % n'est pas atteint;

6° en cas de mesures d'extension ou de nouvelle construction, 5 % au total de l'ensemble des places après aménagement ou nouvelle construction doivent être destinés aux courts-séjours. Les conditions matérielles fixées aux points 1° à 5° du présent article s'appliquent à ces places.

Lors d'extensions, les superficies brutes totales existantes et envisagées sont prises en compte pour calculer les surfaces.

Dans des cas particulièrement justifiés, le Gouvernement peut, sur demande motivée, accorder des dérogations aux conditions matérielles prévues aux points 1° à 3°. En cas de dépassements, le pouvoir organisateur est tenu d'inclure dans la justification qui accompagne sa demande un plan global des mesures prévues pour les dix prochaines années quant à l'utilisation éventuelle des surfaces excédentaires.

II. Conditions financières :

1° le coût maximum subsidiable des projets d'infrastructure définis à l'article 2, 1°, 5°, 7° et 8°, du décret est de € 950,00/m² pour une nouvelle construction. Les mêmes plafonds sont d'application pour les projets visant l'extension d'une infrastructure existante définis à l'article 2, 3°, 5°, 7° et 8°;

2° le coût maximum subsidiable des projets d'infrastructure définis à l'article 2, 3°, 4°, 5°, 7° et 8°, est de € 712,50/m² en cas de transformation;

3° des frais supplémentaires engagés pour les mesures visant à intégrer les aspects de la construction durable, telles que définies à l'article 2, 9°, du décret, peuvent en outre être subventionnés;

4° le coût maximum subsidiable des projets d'infrastructure définis à l'article 2, 6°, du décret se chiffre forfaitairement à € 4.000/place. Ce forfait peut être utilisé pendant 20 années. En cas d'augmentation du nombre de places, le ministre compétent détermine à quel moment le montant forfaitaire est adapté. Pour le 31 mai de chaque année au plus tard, le demandeur communique à la division compétente du Ministère la part du montant forfaitaire probablement nécessaire pour l'année suivante.

5° les plafonds et frais supplémentaires mentionnés aux points 1° à 3° sont majorés des frais généraux sur la base de justificatifs;

6° les plafonds, frais supplémentaires et frais généraux s'entendent TVA comprise, suivant le taux applicable;

7° les plafonds mentionnés aux points 1° et 2° sont liés à l'indice du coût de la construction, l'indice de référence étant celui applicable à la date d'entrée en vigueur du présent arrêté;

8° la part non utilisée du montant forfaitaire mentionné au point 4° est liée à l'indice des prix à la consommation, l'indice de référence étant celui applicable au 1^{er} janvier 2005.

CHAPITRE III. — Résidences-services**Conditions de subsidiation**

Art. 4. Pour être subsidié, un projet d'infrastructure dans le secteur des résidences-services doit répondre aux conditions suivantes :

I. Conditions matérielles :

1° la superficie subsidiable pour les logements individuels est de 40 m² au moins;

2° la superficie autorisée pour les logements doubles est de 55 m² au moins;

3° la superficie mentionnée aux points 1° et 2° comprend les parois intérieures et extérieures mais pas les lieux de vie commune.

II. Conditions financières :

1° le coût maximum subsidiable des projets d'infrastructure définis à l'article 2, 1°, 3°, 4°, 5°, 7° et 8°, du décret s'élève à € 53.000,00/logement.

2° les frais supplémentaires engagés pour les mesures visant à intégrer les aspects de la construction durable, telles que définies à l'article 2, 9°, du décret, peuvent en outre être subventionnés.

Les plafonds et frais supplémentaires mentionnés aux points 1° et 2° sont majorés des frais généraux sur la base de justificatifs.

Les plafonds, frais supplémentaires et frais généraux s'entendent T.V.A. en vigueur comprise.

Les plafonds mentionnés au point 1° sont liés à l'indice du coût de la construction, l'indice de référence étant celui applicable à la date d'entrée en vigueur du présent arrêté.

CHAPITRE IV. — Dispositions finales**Entrée en vigueur**

Art. 5. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa signature, à l'exception de l'article 3, II, 4°, lequel entre en vigueur le 1^{er} janvier 2005.

Exécution

Art. 6. Le Ministre compétent en matière de Famille est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 15 juin 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 4251

[C — 2004/33060]

15 JUNI 2004. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot vastlegging van de programmatienormen met het oog op de subsidiëring van de infrastructuurprojecten inzake opvangvoorzieningen voor bejaarden

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, inzonderheid op artikel 7, 2°;

Gelet op het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden;

Gelet op het besluit van de Regering van 4 februari 2003 houdende uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 3 juni 2004;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 2 juni 2004;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op het advies van de Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden, gegeven op 27 mei 2004;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, dat sinds 1 januari 2002 uitwerking heeft, in de mogelijkheid voorziet programmatienormen vast te leggen, dat er nu projecten inzake opvangvoorzieningen voor bejaarden zijn die aan de programmatienormen bepaald in voorliggend besluit niet beantwoorden, en dat het aantal projecten het noodzakelijk maakt eenvormige programmatienormen vast te leggen, dient voorliggend besluit onverwijld in werking te treden;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Doeleinde

Artikel 1. Voorliggend besluit legt de programmatienormen vast ter uitvoering van artikel 7, 2°, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur met het oog op de subsidiëring van de infrastructuurprojecten inzake opvangvoorzieningen voor bejaarden.

Begripsbepalingen

Art. 2. Voor de toepassing van dit besluit, dient verstaan te worden onder :

1° decreet : het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

2° plaats : de verblijfplaats bestemd voor een persoon in een rust- en verzorgingstehuis;

3° infrastructuurprojecten : de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2 van het decreet;

4° opvangvoorzieningen voor bejaarden : de inrichtingen vermeld in artikel 1 van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden;

5° algemene onkosten : het ereloon van de architecten, coördinatoren, ingenieurs en deskundigen alsmede de kosten aangegaan voor het werftoezicht, de verzekering voor een tienjarige garantie en de werfverzekering waarin artikel 14 van het decreet voorziet;

6° index van de prijzen van de bouwsector : index waarvan 20 % vast blijven, 40 % aan de ontwikkeling van de lonen in de bouwsector en 40 % aan de ontwikkeling van de prijzen van het bouw materiaal gebonden zijn;

7° plaatsen voor kortverblijf : plaatsen in een rust- en verzorgingstehuis die een persoon gedurende ten hoogste 3 maanden in een kalenderjaar kan bezetten.

HOOFDSTUK II. — Rust- en verzorgingstehuizen

Subsidiëringsvoorwaarden

Art. 3. Om gesubsidieerd te worden, moet een infrastructuurproject in de sector rust-en verzorgingstehuizen aan de volgende voorwaarden voldoen :

I. Materiële voorwaarden :

1° de subsidiabele totale bruto-oppervlakte bedraagt 65 m² per plaats;

2° de subsidiabele netto-oppervlakte voor eenpersoonskamers bedraagt ten minste 18 m² en ten hoogste 22 m²;

3° de subsidiabele netto-oppervlakte voor tweepersoonskamers bedraagt ten minste 26 m² en ten hoogste 30 m²;

4° een badkamer met douche, wastafel en wc, geschikt voor gehandicapten, moet bovendien in elke kamer worden gepland;

5° het aantal plaatsen in tweepersoonskamers wordt beperkt tot hoogstens 20 % van het totaal aantal plaatsen; bij uitbouwwerken van bestaande rust-en verzorgingstehuizen mogen geen tweepersoonskamers worden gebouwd voordat deze maximumgrens van 20 % wordt bereikt;

6° bij uitbouw- en nieuwbouwmaatregelen moeten in totaal 5 % van het totaal aantal plaatsen na uit- en nieuwbouw voor korte verblijven worden gepland. De in dit artikel onder de punten 1° tot 5° vastgelegde materiële voorwaarden zijn toepasselijk op deze plaatsen.

Bij uitbouwwerken worden de bestaande en de geplande totale bruto-oppervlakten in aanmerking genomen voor de berekening van de oppervlakten.

n bijzonder gerechtigde gevallen kan de Regering, op gemotiveerd verzoek, afwijkingen toestaan aan de onder de punten 1° tot 3° vermelde materiële voorwaarden. Bij overschrijdingen moet de motivatiebrief gevoegd bij de aanvraag van de inrichtende macht een globale plan bevatten met de voor de volgende tien jaren geplande maatregelen qua het eventueel gebruik van de overbodige oppervlakte.

II. Financiële voorwaarden :

1° de maximale subsidiabele kosten van de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2, 1°, 5°, 7° en 8°, van het decreet bedragen € 950,00/m² voor een nieuwbouw. Dezelfde maxima gelden voor de in artikel 2, 3°, 5°, 7° en 8° bepaalde infrastructuurprojecten voor de uitbouw van een bestaande infrastructuur;

2° de maximale subsidiabele kosten van de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2, 3°, 4°, 5°, 7° en 8° van het decreet bedragen € 712,50/m² voor een verbouwing.

3° bijkomende kosten m.b.t. de in artikel 2, 9°, van het decreet bepaalde maatregelen, waarbij aspecten i.v.m. het duurzaam bouwen in aanmerking worden genomen, zijn ook subsidiabel;

4° de maximale subsidiabele kosten van de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2, 6°, van het decreet bedragen forfaitair € 4.000/plaats. Dit forfait kan tijdens 20 jaar worden gebruikt. Wordt het aantal plaatsen hoger, dan moet de bevoegde minister bepalen op welk ogenblik het forfaitair bedrag moet worden aangepast. Ten laatste tot 31 mei van elk jaar deelt de aanvrager aan de bevoegde afdeling van het Ministerie het gedeelte van het forfaitair bedrag mede dat in het daaropvolgend jaar zou kunnen worden gebruikt;

5° de maximale en bijkomende kosten vermeld onder de punten 1° tot 3° worden op basis van bewijsstukken met de algemene kosten verhoogd;

6° de maximale, bijkomende en algemene kosten vermeld onder de punten 1° tot 5° zijn inclusief BTW, op grond van de geldende voeten;

7° de maximale kosten vermeld onder de punten 1° en 2° zijn gebonden aan het index van de prijzen van de bouwsector, met als referentie het index toepasselijk op de datum van de inwerkingtreding van dit besluit;

8° het gedeelte van het forfaitair bedrag vermeld onder punt 4° en dat niet gebruikt is, is gebonden aan het indexcijfer der consumptieprijzen met als referentie het index toepasselijk op 1 januari 2005.

HOOFDSTUK III. — *Serviceflatgebouwen*

Subsidiëringsvoorwaarden

Art. 4. Om gesubsidieerd te worden moet een infrastructuurproject in de sector serviceflatgebouwen aan de navolgende voorwaarden voldoen :

I. Materiële voorwaarden :

1° de subsidiabele oppervlakte voor individuele woningen bedraagt ten minste 40 m²;

2° de toegelaten oppervlakte voor dubbele woningen bedraagt ten minste 55 m²;

3° de oppervlakte vermeld onder de punten 1° en 2° omvat de binnen- en buitenwanden, de gemeenschappelijke ruimten echter niet;

II. Financiële voorwaarden :

1° de maximale subsidiabele kosten van de infrastructuurprojecten bepaald in artikel 2, 1°, 3°, 4°, 5°, 7° en 8°, van het decreet bedragen € 53.000,00/woning.

2° de bijkomende kosten m.b.t. de in artikel 2, 9°, van het decreet bepaalde maatregelen waarbij aspecten i.v.m. het duurzaam bouwen in aanmerking worden genomen, kunnen ook worden gesubsidieerd.

De onder 1° en 2° vermelde maximale en bijkomende kosten worden op basis van bewijsstukken met de algemene kosten verhoogd.

De maximale, bijkomende en algemene kosten zijn inclusief BTW, op grond van de geldende voeten.

De maximale kosten vermeld onder 1° zijn gebonden aan het index van de prijzen van de bouwsector, met als referentie het index toepasselijk op de datum van de inwerkingtreding van dit besluit.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Inwerkingtreding

Art. 5. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt ondertekend, met uitzondering van artikel 3, II, 4°, dat op 1 januari 2005 in werking treedt.

Uitvoering

Art. 6. De Minister bevoegd inzake Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 juni 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. NIESSEN